



Rechtsausschuss

36. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

24. September 2008

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 17:05 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Protokoll: Claudia Tack, Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|--|-----------|
| 1 | Prüfverfahren für die Gewährung von Vollzugslockerungen | 5 |
| | Vorlage 14/1783 | |
| | Stellungnahmen 14/2098 und 14/2099 | |
| | – Expertengespräch - | |
| 2 | Vollzugskommission des Landtags Nordrhein-Westfalen | 28 |
| | Vorlage 14/2089 | |
| | - Bericht der Vorsitzenden der Vollzugskommission, Angela Freimuth (MdL) | |

Auf Vorschlag von Frank Sichau (SPD) verständigt sich der Ausschuss darauf, den Punkt unter Einbeziehung dann auch des erst heute eingetroffenen schriftlichen Berichts in die Tagesordnung für die nächste Sitzung wieder aufzunehmen.

¹ TOP 13 s. nichtöffentlicher Teil nöAPr 14/154

3 Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen 33

Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Behauptung der Stadt Bielefeld und 18 weiterer Städte, die Kommunalisierung der Versorgungsverwaltung durch das Zweite Gesetz zur Straffung der Behördenstruktur in Nordrhein-Westfalen vom 30. Oktober 2007 (GV.NRW S. 481 ff.) verletze die Vorschriften der Landesverfassung über das Recht der gemeindlichen Selbstverwaltung

VerfGH 19/08

Vorlage 14/2012

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, keine Stellungnahme abzugeben.

4 Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen 34

Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Behauptung der Stadt Aachen und 20 weiterer Städte, das Gesetz zur Kommunalisierung von Aufgaben des Umweltrechts vom 11. Dezember 2007 (GV.NRW S. 662 ff) verletze die Vorschriften der Landesverfassung über das Recht der gemeindlichen Selbstverwaltung

VerfGH 21/08

Vorlage 14/2018

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, keine Stellungnahme abzugeben.

5 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009) 35

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7000

Vorlage 14/2050 (Erläuterungsband)

- Einführungsbericht des Justizministeriums zum Haushaltsgesetz 2009, Einzelplan 04

6 Die Versorgung psychisch kranker Inhaftierter in den Justizvollzugsanstalten muss verbessert werden! 45

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6685

Ausschussprotokoll 14/704

Der Ausschuss verständigt sich darauf, heute wegen der noch laufenden Beratungen des mitberatenden Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales und des erst kurzfristig zugegangenen Protokolls über die Anhörung nicht abzustimmen.

7 Gesetz zur Änderung des Zwölften Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung 46

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7308

Die Abstimmung erfolgt in Sollstärke. - Der Ausschuss billigt den Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD.

8 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Gebührenbefreiung, Stundung und Erlass von Kosten im Bereich der Rechtspflege (Gerichtsgebührenbefreiungsgesetz - GerGebBefrG) 47

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7055

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf einstimmig zu.

9 Das Beispiel LIDL zeigt: Verbesserung beim Datenschutz von Beschäftigten erforderlich 48

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6522

- abschließende Beratung und Abstimmung -

Der Ausschuss verständigt sich zunächst darauf, heute nicht abzustimmen.

Nach der Diskussion kommt der Ausschuss überein, auf ein Votum an den federführenden Ausschuss zu verzichten.

10 Datenskandal: Keine „gläsernen Menschen“ - persönliche Daten besser schützen! **52**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7339 - Neudruck

In Verbindung mit:

Datenklau verhindern - Opfer schützen und Verbraucherschutz stärken

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/7356 - Neudruck

Da zu diesen Anträgen im federführenden Ausschuss eine Anhörung stattfinden soll, vertagt der Rechtsausschuss seine Beratung. An der Anhörung möchte der Ausschuss nachrichtlich beteiligt werden.

11 Sperrung von Internetseiten zur Einschränkung des Zugriffs auf kinderpornografische Inhalte (Anlagen 1 und 2) **53**

Vorlage 14/2080

Gegen den Vorschlag des Vorsitzenden, den Punkt dann, wenn von einer Fraktion gewünscht, wieder in die Tagesordnung aufzunehmen, erhebt sich kein Widerspruch.

12 Vorzeitige Zurruesetzung im Bereich des Justizvollzugsdienstes (Anlage) **55**

Vorlage 14/2081

14 Verschiedenes **56**